

Analyse

Die Ära Putin. Eine Bilanz in Meinungsumfragen

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Zusammenfassung

Repräsentative Umfragen zu den Putin-Jahre zeigen, dass der russische Präsident in der Bevölkerung hohe Akzeptanz genießt. Gegeist wird diese positive Haltung zum Regime durch die fortschreitende Besserung der Lebensverhältnisse, die die russischen Bürger seit 1999 erfahren haben. Wirtschaftswachstum und Anstieg der Reallöhne werden mit dem Handeln des Staatsoberhauptes in Verbindung gebracht, das seit September 1999 eine führende Rolle in der Politik einnimmt.

Andererseits äußert die Bevölkerung am politischen System insgesamt und an seiner Funktionsweise berechnigte Kritik. Die ungleiche Vermögensverteilung, die Mängel des Gesundheitssystems und die perzipierten Sicherheitsprobleme nähren ein tiefes Misstrauen gegen den Staat und die politische Klasse, die ihn besitzt. Gewiss wird dieses Unbehagen gegenwärtig durch das Vertrauen zu Putin und die Besserung der Lebensverhältnisse überlagert, doch muss sich die Administration mittelfristig diesen Problemen stellen.

Wahrnehmungen der Putin-Jahre

Über Russland wussten die deutschen Medien in den letzten Jahren vorwiegend Negatives zu berichten: es war die Rede von einem autoritären Regime, der Unterdrückung von Oppositionellen, der Manipulation von Wahlen, von Aufrüstung und aggressivem Auftreten gegenüber dem Westen, man warnte vor Großunternehmen, die westliche Firmen aufkaufen – kurz die ›Gefahr aus dem Osten‹ war wieder präsent. Diese Warnungen hatten durchaus eine reale Basis. In der Tat hat die Putin-Administration im Innern politische Rechte eingeschränkt und nach außen die eigenen Interessen prononciert vertreten. Bei der westlichen Bewertung schwingen aber auch wieder russophobe Töne mit, die nicht unbedingt zu einer nüchternen Bewertung der russischen Entwicklung beitragen.

Vielleicht ist es dazu hilfreich, die Perspektive zu wechseln und zu prüfen, wie die Arbeit der Putin-Administration in Russland selbst perzipiert wird. Die russischen Bürger haben Augen und Ohren. Sie nehmen die alltäglichen Veränderungen in der Versorgung, in der Politik, in der Wirtschaft sehr viel deutlicher wahr, als man dies in Berlin, London oder Paris tun kann, und sie bewerten sie vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die sie in der Sowjetzeit und in den Jelzin-Jahren gemacht haben. Will man also ein Urteil über die Putin-Administration fällen, lohnt es sich, die Vorstellungen der Regierten, der russischen Bevölkerung mit heranzuziehen.

Für ein solches Vorhaben stehen in großer Menge Umfragedaten zur Verfügung, die von verschiedenen russischen Instituten erhoben wurden, deren Arbeits-

weise und Methodik entsprechenden Instituten in den USA oder Deutschlands durchaus vergleichbar ist.

Aufschwung und hohe Zustimmungsraten

Diese Erhebungen zeigen, dass Putin am Ende seiner zweiten Amtszeit in der Bevölkerung breite Unterstützung genießt. Nach einer Umfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) (vgl. Grafik S. 8 oben: Wie bewerten Sie heute die Arbeit Putins im Amt des Präsidenten? (Dezember 2007)) bewerteten etwa zwei Drittel der Befragten die Tätigkeit Putins als Präsident mit »gut« oder »ausgezeichnet«. Diese Zustimmung ist weitgehend unabhängig vom Geschlecht, dem Bildungs- oder Eigentumsniveau und dem Wohnort. Der scheidende Präsident verfügt über Rückhalt in allen Schichten der Bevölkerung, und damit auch über die Legitimation, für ganz Russland zu sprechen.

Der Hauptgrund für die hohen Zustimmungsraten ist zweifellos die fortgesetzte Besserung der Lebensverhältnisse, die die russische Bevölkerung in der Regierungszeit Putins erfahren hat. Das Lewada-Zentrum, eines der führenden russischen Meinungsforschungsinstitute, fragt jedes Jahr im Dezember danach, wie das vergangene Jahr im Vergleich zum Jahr zuvor bewertet wird. In den neunziger Jahren – unter Jelzin – gaben die Befragten in der Regel an, das gerade ablaufende Jahr sei schwerer gewesen als das vorher. Eine Wende zeichnete sich 1997 ab – es schien fast, man sei ›über den Berg‹ –, doch dann folgte das schreckliche Jahr 1998 mit der schweren Finanzkrise im Herbst und dem Einbruch des Rubelkurses. 1999 begann sich die Situation nachhaltig zu bessern und die Bevölkerung

brachte diese Erholung mit Putin in Verbindung, der im September 1999 Ministerpräsident geworden war, Ende Dezember 1999 nach dem Rücktritt Jelzins in das Amt des Präsidenten einrückte, um dann im März 2000 auch regulär gewählt zu werden.

Wachsende Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen ist die Basis für die hohen Zustimmungsraten zu Präsident Putin – Zustimmungsraten, die sich auch in Wahlerfolge ummünzen lassen, wie das zuletzt bei den Parlamentswahlen im Dezember 2007 und jetzt bei den Präsidentenwahlen 2008 geschehen ist. Das Vertrauen in den Präsidenten verleiht dem politischen System auch eine hohe Stabilität – insofern und solange Putin in den Augen der Bevölkerung eine maßgebliche politische Rolle spielt. Daher ist es ganz folgerichtig, dass die Führung auch nach dem März 2008, wenn ein Personalwechsel im Präsidentenamte erfolgt, eine hohe Position für Putin ins Auge fasst – sei es nun das Amt des Ministerpräsidenten oder ein anderes.

Wahrnehmungen der Putin-Ära

Die Untersuchungen des Lewada-Zentrums erlauben es, ein schärferes Bild von der Gemütslage der Bevölkerung zu zeichnen. Das Umfrageinstitut hat die Stimmung der russischen Bevölkerung über all die Putin-Jahre hinweg verfolgt und die Daten Ende 2007 veröffentlicht. Aus den repräsentativen Erhebungen ergibt sich ein differenziertes Bild. Erfragt wurden Perzeptionen – Wahrnehmungen einer Entwicklung, nicht die Entwicklung selbst. Aber diese sind von erheblicher politischer Bedeutung, denn es sind die Perzeptionen, die politische Haltungen bestimmen. Die Analyse der Perzeptionsentwicklung kann also Auskunft geben über Hintergründe der hohen Zustimmungsraten für die Putin-Administration. Sie kann aber auch mögliche Konfliktpunkte und latente Spannungen aufzeigen, auf die die Politik in der nächsten Amtszeit reagieren muss.

Die erste Beobachtung kommt nicht überraschend – sie ergibt sich schon aus der oben zitierten Umfrage (vgl. Grafik S. 8 unten: Wie war das vergangene Jahr für Russland: schwerer als das vorhergehende Jahr, leichter oder genauso?) –, nämlich, dass die wirtschaftliche Erholung eine Konstante der Putin-Jahre war, die sich auch in einer allgemeinen Besserung der materiellen Verhältnisse niederschlägt. Die überwiegende Mehrheit der russischen Bevölkerung registrierte, dass sich das Angebot an Lebensmitteln (vgl. Grafik S. 9 unten: Wie hat sich das Angebot von Lebensmitteln geändert?), an Kleidung und Artikeln des täglichen Grundbedarfs von Jahr zu Jahr besserte. Besonders in der ersten Amtszeit Putins 2000–2004, als die Gesellschaft noch unter dem Eindruck der schwierigen Jel-

zin-Jahre und der Finanzkrise des Herbstes 1998 stand, empfand man, dass es unter dem neuen Präsidenten aufwärts ging. In der zweiten Amtszeit wirkte die Verbesserung des Konsumangebots offenbar schon wie selbstverständlich. Erst im Wahljahr 2007 stieg der Anteil derjenigen, die eine Besserung gegenüber dem Vorjahr sahen, noch einmal auf 66 % – zwei Drittel der Bevölkerung.

Fragt man nach den individuellen Einkommenschancen (vgl. Grafik S. 12 unten: Wie haben sich die Möglichkeiten verändert, gut zu verdienen?), nicht nach dem allgemeinen Konsumniveau, kann man zwar einen ähnlichen Trend beobachten – Anstieg des Anteils der Befragten mit verbesserten Einkommenserwartungen in den Jahren 2000–2002 und 2007, leichter Rückgang und Stagnation 2003–2006 –, doch überwiegt bis 2005 der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung der Einkommenssituation wahrnehmen. Eine wirkliche Wende ist erst 2007 erkennbar. Für die Mehrheit der Befragten wurde die Besserung der eigenen materiellen Lage also nur verzögert fühlbar. Die positive Wahrnehmung der Präsidentschaft Putins und der Lage des Landes bestätigte sich mit einer gewissen Verspätung nun auch im Bereich des individuellen Lebens.

Sozialpolitische Problemfelder

Die allgemein positive Bewertung der Situation verstärkt zweifellos die Akzeptanz, die Putin und seine Administration genießen. Politisch führt dies zu einer Stabilisierung – jedenfalls so lange Putin der Führung angehört. Allerdings lassen sich anhand der Umfragen auch eine Reihe von Problemen identifizieren, mit denen sich die russische Regierung in den nächsten Jahren auseinandersetzen muss.

Dazu gehört vor allem der verbreitete Eindruck, dass die russische Gesellschaft nicht gerecht organisiert ist. Bei der Frage nach Verteilungsgerechtigkeit (vgl. Grafik S. 14 unten: Wie hat sich die Gerechtigkeit bei der Verteilung materieller Güter geändert?) gibt es kaum Respondenten, die positiv antworten. Zwischen 40 und 50 % sehen eine Vergrößerung der sozialen Unterschiede, während der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung erkennen wollen, die ganze Amtszeit Putins über im einstelligen Bereich liegt. Offenbar ist es der Putin-Administration trotz des Wirtschaftswachstums und der allgemeinen Besserung der materiellen Verhältnisse nicht gelungen, den Gegensatz zwischen Arm und Reich, der mit der Privatisierung und dem Übergang zum Markt in den neunziger Jahre entstanden ist, zu mildern oder wenigstens den Eindruck zu vermitteln, man strebe dies an.

Die tiefe Spaltung der Gesellschaft, die von breiten Kreisen der Bevölkerung wahrgenommen wird,

stellt für jede Administration eine Belastung dar. Die latente soziale Spannung, die in den Putin-Jahren durch die Verbesserung der materiellen Verhältnisse überlagert wurde, könnte – wenn die Wirtschaftsentwicklung nicht mehr positiv verläuft – auch politisch Bedeutung gewinnen. Schon jetzt profitiert von ihr die Kommunistische Partei, die sich trotz aller Restriktionen hartnäckig im Parlament hält. Auch der Wahlerfolg der Partei »Heimat« (Rodina) im Jahre 2004 war damit verbunden, dass diese Partei neben der nationalistischen auch die soziale Karte spielte.

Soziale Ungleichheit, das Gefühl, dass es in der Gesellschaft ungerecht zugeht, ist eines der Probleme, das auf das politische Klima einwirkt. Zwei weitere Fragen stehen damit in Zusammenhang – die Gesundheitsversorgung und die persönliche Sicherheit. In beiden Fällen ist es der Putin-Administration offenbar nicht gelungen, fühlbare Verbesserungen durchzusetzen. Das Gesundheitswesen wird in der Bevölkerung nach wie vor als Problemsektor wahrgenommen (vgl. Grafik S. 10 unten: Wie hat sich die Arbeit der Krankenhäuser, Polikliniken geändert?). Noch 2007 wagen kaum 16 % von Verbesserungen in diesem Bereich zu sprechen. Dieser Anteil wird weit übertroffen von der Zahl derjenigen, die im siebten Jahr der Putinschen Präsidentschaft davon ausgehen, dass sich die Situation in Krankenhäusern und Polikliniken weiter verschlechtert hat. Diese Perzeption stellt der Gesundheitspolitik der Putin-Administration ein denkbar schlechtes Zeugnis aus.

Ähnlich stellt sich die Situation bei der Wahrnehmung der persönlichen Sicherheit dar (vgl. Grafik S. 13 unten: Wie hat sich die Sicherheitslage der Bürger geändert?). Gewiss ist der Anteil der Bürger, die eine Verschlechterung der Sicherheitssituation erkennen wollen, zwischen 2004 und 2006 zurückgegangen, doch interessanterweise schnell ihr Anteil 2007 von 33 % auf 44 % hoch. In diesen Schwankungen wird deutlich, dass trotz Konsolidierung der materiellen Situation das Misstrauen in die Fähigkeit des Staates, für die Sicherheit des einzelnen zu sorgen, in erheblichem Maße fortbesteht. Hier manifestiert sich eine schwer zu überwindende Skepsis gegenüber Polizei und Gerichten.

Das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit und die Vorstellung, dass der Staat weder für die Gesundheit noch für die Sicherheit der Bürger ausreichend sorgt, scheint in beiden Amtszeiten Putins für die Haltung der Mehrzahl der Bürger gegenüber dem System und den Behörden bezeichnend zu sein. Doch hat das offensichtliche Unbehagen keine unmittelbaren Folgen für die Einstellung gegenüber der Person des Präsidenten. In einer Phase, die durch wirtschaftliches Wachstum und allmähliche Erholung der materiel-

len Lage bestimmt ist, werden diese Wahrnehmungen von der Erwartung einer fortgesetzten Besserung überlagert. Langfristig belasten sie dennoch das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und eine künftige Administration ist gut beraten, eine Politik sozialen Ausgleichs zu betreiben, das Rechtssystem zu stabilisieren und eine Gesundheits- und Sozialreform durchzusetzen.

Meinungsfreiheit und politische Partizipation

Geht man von den Umfragedaten aus, so gibt es eine Mehrheit in Russland, die über die Entwicklung der Sozialordnung, des Gesundheits- und des Rechtsschutzbereichs verdrossen ist. Bei der Bewertung des politischen Systems hingegen ist der Anteil der Kritiker nicht ganz so hoch. Während die westliche Öffentlichkeit eine rapide Einengung der Freiheitsrechte in Russland unterstellt, nimmt die russische Öffentlichkeit keine dramatische Verschlechterung der politischen Verhältnisse wahr.

Lediglich 15–20 % der Befragten sehen einen Niedergang der Meinungsfreiheit. Die Mehrheit erkennt keine Veränderungen, ja 2007 will mehr als ein Drittel der Befragten eine Verbesserung in diesem Bereich feststellen (vgl. Grafik S. 14 oben: Wie hat sich die Möglichkeit verändert, seine Meinung frei zu äußern?). Das mag damit zusammenhängen, dass manche noch die Situation der Sowjetzeit vor Augen haben, von der sich die Lage der Jahre 2000–2007 trotz mancher Einschränkungen immer noch dramatisch positiv unterscheidet. Zum anderen muss man sich vor Augen halten, dass das Fernsehen zwar weitgehend von der Putin-Administration kontrolliert wird, Presse und Buchhandel aber vielfach noch frei agieren. So sind z.B. kritische Werke von Anna Politkowskaja oder eine Interviewsammlung des emigrierten Oligarchen Boris Beresowskij in Moskau frei verkäuflich. Und Zeitungen wie »Vedomosti« oder »Kommersant« berichten über viele Politikbereiche durchaus kritisch. Die Mehrheit der russischen Bürger erfährt daher die Putin-Jahre nicht unbedingt als Phase, in der die Meinungsfreiheit eingeschränkt wurde.

Allerdings sind die Befragten – realistischerweise – nicht sonderlich optimistisch, wenn es um ihre persönliche Möglichkeiten geht, auf Staatsgeschäfte Einfluss zu nehmen (vgl. Grafik S. 13 oben: Wie hat sich die Möglichkeit einfacher Menschen verändert, auf staatliche Angelegenheiten Einfluss zu nehmen?). Das Gefühl »Die da oben machen sowieso, was sie wollen« ist auch in westlichen Gesellschaften nicht unbekannt, und in Putins Russland mit seinen Unterschieden zwischen Arm und Reich und seinem Herrschaftsapparat, der gemeinhin nur »die Macht« (*wlast*) genannt wird,

weit verbreitet. Dieses Gefühl hat sich im Verlauf der Amtszeit Putins nicht wesentlich verändert. Kennzeichnend (und selbsterklärend) ist lediglich, dass in den Wahljahren 2003 und 2007 der Anteil derjenigen geringfügig zunimmt, die die Ansicht vertreten, die Bürger könnten, auf Politik Einfluss zu nehmen.

Fazit

Die Umfragen aus den Putin-Jahre zeigen, dass der russische Präsident in der Bevölkerung hohe Akzeptanz genießt. Die plebiszitäre Zustimmung ist zweifellos ein wichtiger Aspekt der Machtstellung, die er innehat. Gespeist wird diese positive Haltung zum Regime durch die fortschreitende Besserung der Lebensverhältnisse, die die russischen Bürger seit 1999 erfahren. Das Wirtschaftswachstum und das Ansteigen der Reallöhne wird mit dem Handeln des Staatsoberhauptes in Verbindung gebracht, das seit September 1999 eine führende Rolle in der Politik einnimmt. Die Identifikation der Bürger mit Putin ist ein stabilisierendes Element für das politische System. Das macht verständlich, warum die politische Klasse nach Möglichkeiten sucht, Putin auch nach dem Präsidentenwechsel im März 2008 in den Führungsapparat einzubauen.

Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Bevölkerung am politischen System insgesamt und an seiner Funktionsweise berechnete Kritik hat. Die ungleiche Vermögensverteilung, die Mängel des Gesundheitssystems und die perzipierten Sicherheitsprobleme nähren ein tiefes Misstrauen gegen den Staat und die politische Klasse, die ihn besitzt. Gewiss wird dieses Unbehagen gegenwärtig durch das Vertrauen zu Putin und die Besserung der Lebensverhältnisse überlagert,

doch muss sich die Administration mittelfristig diesen Problemen stellen. Dmitrij Medwedjew, der neue Präsident muss alles daran setzen, das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die so genannten »nationalen Projekte«, mit denen im Bereich der Gesundheits- und Bildungspolitik, im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft eine Besserung der Verhältnisse durchgesetzt werden soll, mit größerer Energie weiterverfolgt würden als bisher. Die Ausweitung dieser Maßnahmen zu einer regelrechten Politik des »New Deal«, die auf soziale Chancengleichheit setzt, würde die Position der neuen Administration sicher stärken und mittelfristig die Gefahr mindern, dass die vorhandenen sozialen Konflikte aufbrechen.

Meinungsfreiheit und politische Partizipation indes sind keine Themen, die die Bevölkerung beruhigen. Die Entwicklung in den Medien empfindet eine Mehrheit durchaus als positiv. dass die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung eingeschränkt sind, nimmt die Gesellschaft wahr, ohne dass dies ihre Zustimmung für den Präsidenten beeinträchtigt.

Europäische Politik findet Anknüpfungspunkte am ehesten im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik. Will die Medwedjew-Administration wirklich die Strukturprobleme Russlands angehen, so ist eine Zusammenarbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich denkbar. Beim Wohnungsbau etwa verfügt die Bundesrepublik über reiche Erfahrung und erfolgreiche Modelle. Im Bildungssystem hat die Einbindung Russlands in den Bologna-Prozess schon begonnen und kann vertieft werden. Hier bietet sich eine Vielzahl von Möglichkeiten zu Austausch und zur engen Zusammenarbeit.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

Lesetipps

- Lev Gudkov: Staat ohne Gesellschaft. Zur autoritären Herrschaftstechnologie in Russland, in: Osteuropa, 58.2008, Nr. 1, S. 3–16.
- Boris Dubin: Gesellschaft der Angepassten. Die Brežnev-Ära und ihre Aktualität, in: Osteuropa, 57.2007, Heft 12, S. 65–78.
- Abbott, Pamela; Wallace, Claire: Talking About Health and Well-Being in Post-Soviet Ukraine and Russia, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 23.2007, Nr. 2, S. 181–202.
- Vladimir Shlapentokh: Trust in public institutions in Russia: The lowest in the world, in: Communist and Post-Communist Studies, 39-2006, No. 2, S. 153–174.